

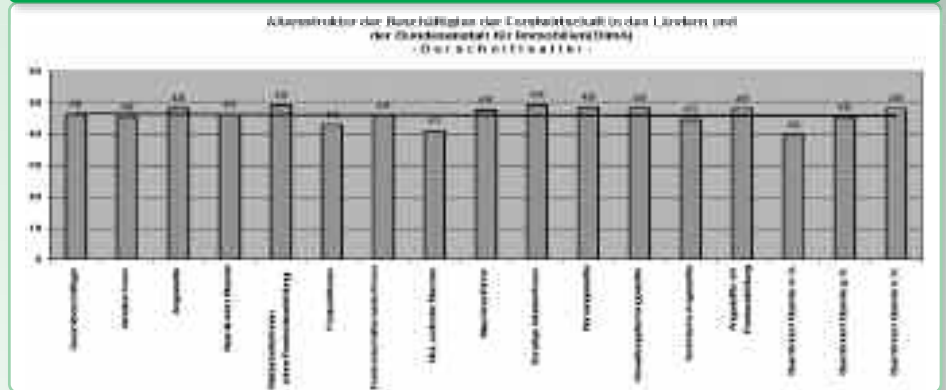
Geschäftsbericht der Bundesvertretung Forst und Naturschutz 2005 bis 2009

Die Schwerpunkte der Arbeit

Die Bundesvertretung der Beamtinnen/Beamte und Angestellte in Forst und Naturschutz und der Bundesfachgruppenvorstand Forstwirtschaft haben sich gemeinsam das Ziel gesetzt, künftig enger zusammenzuarbeiten und als Branche „Forst“ geschlossen aufzutreten.

In mehreren Forstworkshops wurden dazu die erforderlichen Vereinbarungen erarbeitet und neue Strukturen angedacht. Wir haben unser Gewicht in der Forstpolitik verstärkt, dies auch durch die Einbindung der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) in die Arbeit des Präsidiums des Deutschen Forstwirtschaftsrates. Die Bundesvertretung hat gegenüber dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als Spitzenorganisation für den Beamtenbereich die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Beamtinnen/Beamte in Forst und Naturschutz nachhaltig vertreten. Dies erfolgt vorrangig durch die Mitarbeit in der DGB-Bundeskommision für Beamtinnen und Beamte (BkBB). Der praktische Stellenwert dieser Arbeit hat durch die Folgen der

Altersstruktur



Quelle: IG BAU - Geschäftsbericht

Föderalismusreform an Bedeutung gewonnen. Im zurückliegenden Zeitraum war die Arbeit der Branche Forstwirtschaft geprägt durch die Reform zu den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes. Mit Inkraftsetzung der Tarifverträge TVöD und TV-L wurden die bisher gültigen Tarifverträge zum 1. Oktober 2005 und 1. November 2006 ersetzt. Infolge der Entwicklung hat die IG BAU mit den öffentlichen Arbeitgebern Verhandlungen zu den Tarifverträgen der Waldarbeiter aufgenommen. Mit dem Tarifabschluss zum TV-Forst ist es gelungen, mit den Ländern unter Berücksichtigung der Entwick-

lung Tarifverträge des öffentlichen Dienstes auf Bundesebene einen zukunftsfähigen Tarifvertrag zu vereinbaren.

Die Sitzungen der Bundesvertretung Forst und Naturschutz

Die Sitzungen der Bundesvertretung fanden drei- bis viermal jährlich statt, meist war es ein eintägiger Erfahrungsaustausch zu den anstehenden Organisationsreformen in den Ländern. Privatisierung und Personalabbau sowie Organisationsänderungen in den Forstbetrieben und -verwaltungen und beamtenpolitische Fragen waren Schwerpunk-

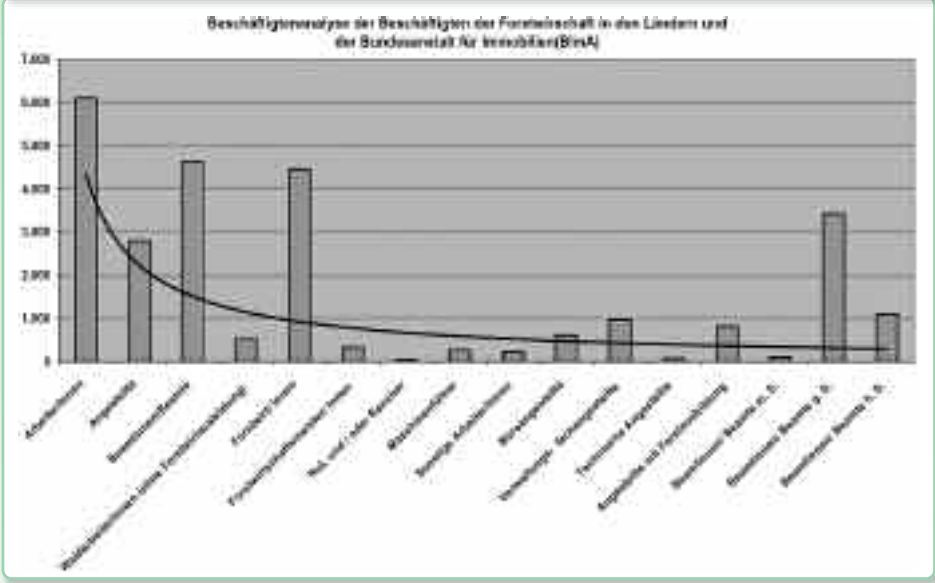


Uli Blöcher war bis Ende Februar 2009 lange Jahre Vorsitzender der Bundesvertretung



2005 wurde die Konferenz der Bundesvertretung in Göttingen von Protesten der Studentinnen und Studenten begleitet

Beschäftigtenstruktur



te der Arbeit und haben zusätzliche Sitzungen bedingt. Arbeitsschwerpunkt ist derzeit, formal die Zusammenarbeit zwischen der Bundesvertretung und den Landesvertretungen Forst und Naturschutz sowie der Bundesfachgruppe und den Landesfachgruppen Forstwirtschaft enger zu gestalten und bis zum Ordentlichen Gewerkschaftstag 2013 zusammenzuschließen. Entsprechende vorbereitende Veranstaltungen haben stattgefunden. Unabhängig von den Formalien der Satzung soll diese engere Zusammenarbeit schon jetzt realisiert und gelebt werden.

IG BAU-Fragebogenaktion

„Gute Arbeitsbedingungen – Garantierte Arbeitnehmerrechte“

Im Jahr 2006 führte die IG BAU eine Befragung zur Beschäftigungs- und Altersstruktur in der Forstwirtschaft in den Bundesländern und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) durch. Es sollte herausgefunden werden, wie die soziale Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft gewährleistet ist. Zertifizierungssysteme verpflichten sich, für die Einhaltung aller relevanten Gesetze und Verordnungen Sorge zu

tragen. Hier gibt es eindeutig Nachholbedarf. Dies zeigt auch die bisherige Auswertung (siehe Diagramme).

Dauerthema Zertifizierung

FSC-Zertifizierung

Die IG BAU ist Gründungsmitglied bei FSC Deutschland und Mitglied bei FSC International. Martin Schwenninger ist seit Mai 2003 Vorstand der Sozialkammer bei FSC Deutschland und bringt dort die Interessen der IG BAU ein. Seit einem Jahr bildet er auch die Klammer zum internationalen Bereich der Arbeit im FSC. Ziel der Arbeit ist unter anderem, die positiven Auswirkungen der Zertifizierung auf die Beschäftigten zu realisieren. Durch die gemeinsame Aktion der Bundesfachgruppe Forstwirtschaft und der Bundesvertretung Forst und Naturschutz „Gute Arbeitsbedingungen – Garantierte Arbeitnehmerrechte“ ist es gelungen, in die Zertifizierungsdebatte Arbeitnehmerrechte wieder in den Vordergrund zu rücken. Auch wenn die Rückläufe der Umfrage nur bedingt zu abgesicherten Auswertungen führten, wurde deutlich, dass in beiden Zertifizierungssystemen (FSC und PEFC) insbesondere bei den Zertifizierern Kenntnisse zu Arbeitnehmerrechten und deren Auswirkungen in der praktischen Arbeit fehlten. Das Thema ist dadurch zum ständigen Schulungsinhalt bei Zertifizierer-/Auditorentreffen geworden und hat zu einer verbesserten Bearbeitung bei den Audits geführt. Auch das Thema „Mindestlohn“ wurde im Rahmen der FSC-Vollver-



Bärbel Feltrini ist im IG BAU-Bundesvorstand auch für Forst und Naturschutz zuständig



„Organisationsreformen“, „Privatisierung“ und „Personalabbau“ waren Dauerthemen in den letzten vier Jahren

Fotos: Kalle Meyer, Nicklas Naumann

sammlung 2008 kontrovers diskutiert, führte letztlich aber zum Beschluss, dass der FSC die Einführung eines Mindestlohns in der Forstwirtschaft unterstützt.

In den Jahren 2007 und 2008 hat FSC Deutschland seinen Standard überarbeitet. Die IG BAU hat als einziges Mitglied aus dem sozialen Bereich hierzu ein Forderungspapier erstellt. Es ist uns nicht gelungen, einen nachhaltigen Aufbau der Belegschaft in die Zertifizierungskriterien zu integrieren. Über die Bereiche Rückegassenabstand (40M) und die klarere Definition von sozialen Standards ist es uns jedoch insgesamt gelungen, soziale Themen zu platzieren und zu stärken. Im Richtlinienausschuss des FSC, der diese Arbeit schwerpunktmäßig geleistet hat, ist Kollegin Marion Kar-

mann unsere Interessenvertreterin. Zertifizierung will und soll nicht tarifliche Vereinbarungen ersetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Tarifverträge bilden einen wichtigen Rahmen, auf die immer wieder in Betrieben ohne Tarifverträge verwiesen werden kann. In Zukunft wird es wichtig sein, unter anderem sicherzustellen, dass auch die zunehmende Arbeitsbelastung, beziehungsweise Überlastung ein Thema in der Zertifizierung wird. Ebenso wird es Aufgabe der IG BAU sein, Schwachstellen und Mängel aufzuzeigen und Verbesserungen einzufordern (zum Beispiel Plantagenzertifizierung).

PEFC-Zertifizierung

PEFC steht als Forst-Zertifizierungssystem für „Programme for the Endorsement of

Forest Certification Schemes“ und hat zum Ziel, eine nachhaltige Waldbewirtschaftung auf der Grundlage der Helsinki-Kriterien von 1993 zu sichern. Nach den Standards von PEFC werden in Deutschland derzeit 7,3 Millionen Hektar Wald (circa zwei Drittel der Gesamtwaldfläche) bewirtschaftet. Im großen Umfang gehören dazu auch die Landeswälder. Da eine Vielzahl unserer Mitglieder einer Beschäftigung bei den Landesforstverwaltungen nachgeht, entschied sich die IG Bauen-Agrar-Umwelt, nach einer Zeit der Beobachtung des Zertifizierungssystems, 2006 erneut zum Beitritt. Sie ist als juristische Person seit dem 14. Juli 2006 wieder ordentliches Mitglied im Zertifizierungssystem und verfügt über eine Stimme im Deutschen Forst-Zertifizie-

Anträge an den 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag 2009

Wald und Forst der öffentlichen Hand

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Bundesvorstand der IG BAU soll sich intensiv dafür einsetzen, dass die öffentlichen Forstbetriebe ihre gesetzlichen Aufgaben in allen Bereichen mit gleicher Intensität erfüllen.

Begründung:

Die Wälder sind nach wie vor zunehmend bedroht, teilweise in ihrer Existenz gefährdet. Neuartige Waldschäden verbunden mit der Degeneration der Böden, Klimaveränderungen, Inanspruchnahmen z. B. durch Grundwassernutzung, Stoffeinträge, Zerschneidung und Baumaßnahmen stellen eine massive Bedrohung des Ökosystems Wald dar. Das Wissen um Wald und Waldwirtschaft bei Kindern und Jugendlichen nimmt erschreckend weiter ab.

Diese Gefährdungen, gesellschaftliche Ansprüche und zunehmende Naturentfremdung sind weiterhin die Herausforderungen für eine nachhaltige und zukunftsweisende Waldbetreuung.

Besonders im öffentlichen Wald, der z. B. in Hessen 75 % ausmacht, sind diese Aufgaben im besonderen Maße zu erfüllen. Die öffentliche Hand entzieht sich jedoch schrittweise ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für den Wald. Gerade die öffentliche Waldbewirtschaftung muss Vorbild sein für eine nachhaltige ökologische Wirtschaftsweise, die nicht gegen, sondern mit den Kräften der Natur arbeitet und damit zum Erhalt einer hohen Biodiversität in unseren Wäldern beiträgt. Aus diesem Grund lehnen wir den Verkauf oder die Privatisierung öffentlicher Wälder strikt ab. Die Produkthaushalte der öffentlichen

Forstbetriebe geben i.d.R. folgende Produktbereiche gleichgewichtet vor:

- Produktion von Holz
- Schutz und Sanierung
- Erholung
- Umweltbildung
- Betreuung für Dritte

Es wird gefordert, dass in Zukunft alle diese Aufgaben nicht nur verbal oder auf dem Papier erfüllt werden, sondern konkret Personal und Mittel in ausreichendem Umfang für jeden Bereich zur Verfügung stehen und damit eine reale Umsetzung ermöglicht wird.

Eine einseitige Konzentration auf den sogenannten „Kernbereich“ Holzproduktion und eine rein erwerbswirtschaftliche Ausrichtung ist abzulehnen.

Naturschutz

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Bundesvorstand der IG BAU wird aufgefordert, sich intensiv dafür einzusetzen, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen verstärkt Naturschutzziele im Sinne einer Sicherung und Entwicklung der „biologischen Vielfalt“ Eingang finden. Damit werden Arten und Ökosysteme als wesentlicher Bestandteil unserer Lebensgrundlagen geschützt. Fundament hierfür ist eine nachhaltige Entwicklung nach den Vorgaben der Konferenz von Rio mit der Anwendung und Verknüpfung sozialer, ökologischer und ökonomischer Kriterien.

Zentrale Ansätze sind:

1. Der ungebremste Landschaftsverbrauch ist eines der größten Probleme des Naturschutzes und Kennzeichen einer bisher nicht funktionierenden Nachhaltig-

keitspolitik. Er ist von derzeit 115 ha/Tag auf 30 ha/Tag in Deutschland bis zum Jahre 2030 zu reduzieren. Dafür sind geeignete Planungsinstrumentarien und -anreize zu schaffen und weiterzuentwickeln (z. B. Umweltqualitätsziele, Auslastungsquoten für Baugebiete, Förderung des ÖPNV).

2. Der Artenschwund ist durch den Aufbau eines umfassenden Biotopverbundes über alle Landschaftsteile hinweg im besiedelten und unbesiedelten Bereich zu bremsen. Dabei kommt dem Netz Natura 2000 einerseits und einer flächendeckenden und umsetzungsorientierten Landschaftsplanung andererseits eine zentrale Bedeutung zu. Arten- und Biotopschutzprogramme für bedeutsame Arten und Biotope müssen diese übergreifenden Vorgaben stützen.
3. Die Erhaltung unserer Kulturlandschaft ist ohne eine Sicherung naturschutzgerechter Landnutzungsformen in der Land- und Forstwirtschaft nicht möglich. Damit diese ihrem gesellschaftlichen Auftrag zur Bewahrung einer gebietstypischen Biodiversität Rechnung tragen können, sind geeignete Finanzierungsinstrumente des Naturschutzes, wie Vertragsnaturschutz, Ausgleichsabgabe und Kompensation, heranzuziehen und auszubauen.
4. Fehlentwicklungen im Naturhaushalt unserer Landschaft, z. B. beim Boden- und Hochwasserschutz, der Grundwasserförderung und Energieerzeugung sind durch fachübergreifende Sanierungs- und Renaturierungsprogramme sowie durch vertragliche Lösungen zu beseitigen.

rungsrat (DFZR). Die Stimmrechte der IG BAU werden durch Kollegen Jörg Müller beziehungsweise in Vertretung durch Kollegen Bernd Fröhlich wahrgenommen.

Die IG BAU vertritt das Ziel, das soziale Anspruchsniveau in den zertifizierten Betrieben zu halten und möglichst weiter anzuheben. Dazu zählt vordergründig:

- die menschenwürdige Gestaltung der Arbeitsplätze sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen,
- die Sicherung und der Ausbau der Einkommen und der sozialen Besitzstände der Beschäftigten und damit ihrer Familien.

Weiterhin bekennen wir uns zu einer multifunktionalen Waldbewirtschaftung, die über naturverträgliche Verfahren zu einer

intakten Umwelt beiträgt. Seit 2008 befindet sich PEFC im Prozess der Standardrevision. Zum Auftakt des Revisionsprozesses äußerte sich das Mitglied des Bundesvorstands der IG BAU, Kollegin Bärbel Feltrini, am 8. Juli 2008 in Berlin zu den Erwartungen der IG BAU. Demnach versuchen wir, folgende Punkte bei PEFC intensiver als bisher zu verankern:

- eine verbesserte regelmäßige einzelbetriebliche Kontrolle und
- bei verbindlichen Entscheidungen mit Konsequenzen im System gleichwertige Beteiligungs- und Abstimmungsmöglichkeiten in den Gremien des PEFC nach dem sogenannten partizipatorischen Ansatz.

Öffentliche Kommunikation und Transpa-

renz ist uns im Verlauf des Revisionsprozesses besonders wichtig. Hierbei sollten sich übrigens auch die großen zertifizierten Forstbetriebe der Länder stärker mit einbringen und gegenüber den bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Vorzüge der Zertifizierung deutlicher als bisher vermitteln.

Damit möglichst umfangreich die gesellschaftliche Meinung zum Revisionsprozess und der Standardsetzung (unter anderem auch von Organisationen, die nicht Mitglied bei PEFC sind) berücksichtigt werden kann, hat sich die IG BAU im DFZR maßgeblich für die Organisation von Runden Tischen ohne Teilnahmebeschränkung stark gemacht. Vier Runde Tische werden 2009 zu folgenden Themen durchgeführt:

5. Der Klimawandel wird eine der größten Herausforderungen der Zukunft werden. Abseits aller möglichen Anstrengungen zum Klimaschutz müssen unsere Ökosysteme und Arten auf die nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen eingestellt werden. Dazu gehören parallel zu einer Intensivierung der Grundlagenforschung u. a. Maßnahmen zur Stabilisierung von Ökosystemen und zu ihrer Anpassung an veränderte Klimabedingungen durch veränderte Bewirtschaftungsformen sowie Maßnahmen zur Lebensraumsicherung bedrohter Arten. Für die Waldwirtschaft bedeutet dies zukünftig z. B. Auswirkungen auf die Wahl geeigneter Herkunft und Baumarten und Änderungen in der Waldbewirtschaftung.

Zur Umsetzung dieser Ziele bedarf es weiterhin eines umfassenden Naturschutzstrategischen Ansatzes, der auf Akzeptanzgewinnung, Allianzen mit anderen Partnern und den weiteren Ausbau der Wald- und Umweltpädagogik gerichtet ist. Die Rolle des ehrenamtlichen Naturschutzes ist dabei als konstruktiver Partner zu sichern und weiter auszubauen.

Für die Erhaltung der biologischen Vielfalt, den Schutz des europäischen Naturerbes und für die Sicherung unserer zukünftigen Lebensgrundlagen kommt dem öffentlichen Wald eine besondere Bedeutung zu. Der Schutz des europäischen Naturerbes darf sich auf diesen Flächen nicht allein auf das Verschlechterungsverbot beschränken. Der öffentliche Wald muss seine große gesellschaftliche Verantwortung offensiv auch in die Politik hinein wahrnehmen und sich auch durch die Vorgabe entsprechender Bewirtschaftungsziele und die Bereitstellung

der erforderlichen Finanzmittel zu einem Bürgerwald entwickeln. Damit kann er vorbildhaft nachhaltig im Sinne aller drei Nachhaltigkeitssäulen auch seiner Selbstverpflichtung aus dem Countdown 2010 zur Sicherung der nationalen Biodiversität gerecht werden. Wesentliche Anforderungen und Erkenntnisse aus der Waldbehandlung können dabei in die Behandlung der freien Landschaft übertragen werden.

Begründung:

Die IG BAU muss sich als gesellschaftspolitisch mitprägende und verantwortungsbewusste Kraft diesen elementaren zukünftigen Herausforderungen mit stellen und ihren Teil zur Aufklärung und Problemlösung in den ihr zugänglichen Politikbereichen beitragen. Der Wald spielt dabei eine zentrale Rolle, ohne dass andere Bereiche vernachlässigt werden sollen.

Klimaschutz

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Bundesvorstand der IG BAU wird aufgefordert, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass der begonnene Klimawandel als existenzielle Bedrohung für die Lebensbedingungen der Erde in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und die Maßnahmen, die zu seiner Abmilderung noch in allen Politikbereichen getroffen werden können, auch mit hoher Priorität umgesetzt werden. Zu diesen Maßnahmen gehören alle sinnvollen und angemessenen Möglichkeiten zur Senkung des CO₂-Ausstoßes, auch im Bereich der Verkehrspolitik und der nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, und die Hinwendung zu einer ökologisch verantwortbaren Energiepolitik, die

auf Erneuerbare Energien, Biomassennutzung und Energieeinsparung setzt und anachronistische Energieerzeugungsformen wie z. B. Kohlekraftwerke nicht forciert, sondern sukzessive auslaufen lässt. An dem Atomkonsens (dem Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie) ist festzuhalten. Die Initiative der IG BAU für Klimaschutz und Beschäftigung ist weiterzuentwickeln. Die Bekämpfung des Klimawandels darf der gegenwärtigen weltweiten Finanzkrise nicht untergeordnet werden, eine effiziente Klimaschutzpolitik muss als Wahlprüfstein für die kommende Bundestagswahl auch aus gewerkschaftlicher Sicht aufgebaut werden.

Begründung:

Die Nachhaltigkeitsstrategie der IG BAU funktioniert nicht ohne einen effektiven Klimaschutz. Dieser Klimaschutz muss alle wesentlichen Politikbereiche, insbesondere die Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik durchziehen und wird damit auch erhebliche Auswirkungen auf die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft in unserem Lande haben. Die in der IG BAU bereits vorhanden positiven Ansätze (z. B. Klimawandel und Landwirtschaft, Klimaschutz und Beschäftigung) sind weiterzuentwickeln und durch Konzepte in anderen Politikfeldern (Verkehr und Energie) zu ergänzen. Von seiner Bedeutung her ist der Klimaschutz mit den Herausforderungen und Missständen vergleichbar, aus denen heraus sich die Gewerkschaftsbewegung im 19. Jahrhundert überhaupt gegründet hat. Er sollte als Chance begriffen werden, entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft der Wirtschaft vorzunehmen. Die IG BAU wird damit ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht.

- PEFC-Wald als Arbeitsplatz und Erholungsraum (zum Beispiel sozioökonomische Funktionen und Bedingungen, Zertifizierung von Forstunternehmen, Maschineneinsatz).
- PEFC-Wald als Lebensraum (zum Beispiel Erhaltung und angemessene Verbesserung der biologischen Vielfalt, Totholzanteile, angepasste Wildbestände).
- PEFC-Wald als Wirtschaftsgut (zum Beispiel Fragen der Baumartenwahl bei Klimawandel, geeignete Verjüngungsverfahren).
- Zertifizierung über den Waldrand hinaus (zum Beispiel Ausweitung der Zertifizierung auf Energiewälder und Plantagen).

Die Bundesvertretung hat sich weiterhin vor allem mit folgenden Einzelthemen beschäftigt:

- Perspektivpapier „Branche Forstwirtschaft in der IG BAU“ – Zukunftswerkstatt.
- Auswertung des Forstworkshops in Göttingen und der gemeinsamen Sitzung der Bundesfachgruppe Forstwirtschaft und der Bundesvertretung Forst und Naturschutz in Berlin.
- Vorbereitung der Landeskonferenzen Forst und Naturschutz und Neuwahl des Vorstands in Vorbereitung auf den 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG BAU vom 14. bis 19. September 2009 in Berlin.
- Fortführung der Projekte – soziale Nachhaltigkeit und Altersstruktur Forst.
- Beschlussvorlage für den Haushalt der Bundesvertretung und der Landesvertretungen, Veränderungen in den Landesvertretungen, Technische Ausstattung der Landesvertretungen und der Bundesvertretung.
- Beitragsanpassung Beamtinnen/Beamte und Angestellte aufgrund der Besoldungs- und Tariferhöhung.
- Nutzung des Internets, Auftritt der Landesvertretungen im Internet der IG BAU.
- Erstellung neuer Flyer für den Bereich Forst und Naturschutz, Positionspapier nachwachsende Rohstoffe und Plantagenwälder.
- „Forstliche Mitteilungen“, „FM“-Verteiler in den Landesvertretungen, Erweiterte Redaktionsbesprechung.
- Geplante Umstrukturierung der IG BAU, Auswirkung auf die Betreuung der Fach-, Personengruppen und Personalräte im Forstbereich.
- Einbindung der IG BAU in die Arbeit des Präsidiums des Deutschen Forstwirtschaftsrats mit dem Ziel, in diesem Gremium verstärkt die Interessen der im Wald beschäftigten Menschen zu vertreten.
- EU Forststrategie.
- Gespräche mit den Ministerien für Verbraucherschutz und Umwelt auf Bundes- und Länderebene.
- Vorbereitung zur Novellierung des Bundeswaldgesetzes.
- Personalratswahlen 2008.

- Teilnahme und Begleitung der Schöneberger Foren des DGB zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes.
- Föderalismusreform – Entwicklung in den Ländern hinsichtlich der Veränderungen im Beamtenrecht.
- Forstkleiderkasse Hildesheim.
- 28. Freiburger Winterkolloquium Forst und Holz.
- Projekt „Team statt Hierarchie“ (Entwicklung der Berufsbilder und sich daraus ergebende Veränderungen).
- Projekt „Veränderung der Berufsbilder in der Forstwirtschaft“ gemeinsam mit der Universität Freiburg und der Hans-Böckler-Stiftung.
- Bildung einer AG zur Erarbeitung der neuen Entgeltordnung (TV-L), Mindestlohn für Dienstleister in der Forstwirtschaft.
- Werksbesichtigung Firma Pollmeier – Sinnvolle Forstwirtschaft kontra Naturschutz.
- Zusammenarbeit mit Österreichischem Staatsförsterverein.
- Runder Tisch zum Nationalen Waldprogramm.
- KWF-Tagung – Beschäftigentag am 7. Juni 2008.
- Fragen zur Zertifizierung – FSC und PEFC.
- Kontakt zu den forstlichen Hochschulen. ■

IG BAU-Bundesvertretung
Forst und Naturschutz



Michael Schmitt moderiert den Forstworkshop 2007



Volker Diefenbach ist der neue Vorsitzende der Bundesvertretung Forst und Naturschutz